

12.07.2023

Kleine Anfrage 2111

der Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer und Thorsten Klute SPD

Welche Gründe gibt es, die Erweiterung des Gemeindepsychiatrischen Zentrums in Detmold nicht zu genehmigen?

Die psychische Gesundheit ist ein zunehmend wichtiges Thema, da immer mehr Menschen mit psychischen Erkrankungen kämpfen. Das Gemeindepsychiatrische Zentrum (GPZ) in Detmold bietet eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die Unterstützung und Behandlung benötigen. Eine Erweiterung des Zentrums würde dazu beitragen, die steigende Nachfrage nach psychiatrischer Gesundheitsversorgung zu bewältigen und sicherstellen, dass alle Betroffenen angemessene Unterstützung erhalten. Das GPZ hat dazu einen erneuten Antrag zur Krankenhausplanung gestellt, mit 66 vollstationären Betten bzw. entsprechenden Behandlungstagen. Darin enthalten ist eine regionale Versorgungseinheit von etwa 12 Plätzen für Patienten mit Chorea Huntington, da es in NRW und insgesamt in Deutschland kein entsprechendes qualitatives und quantitatives Angebot für diese Patienten gibt. Es verfügt über den Ärztlichen Direktor, der die erforderliche klinische Expertise besitzt. Schreiben der Deutschen Huntingtonhilfe e.V. und der Huntington-Selbsthilfe NRW e.V. liegen vor und die Selbsthilfe hat den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und das Ministerium angeschrieben, um eine entsprechende stationäre Versorgung am Standort in Detmold zu erbitten. Die beantragten Betten sollen wie folgt aufgeteilt werden: Vollstationäre Versorgung in den Bereichen Gerontopsychiatrie, Chorea Huntington im Gerontobereich, Sucht und Pflichtversorgung. Zusätzlich werden 25 weitere Plätze für die Gerontopsychiatrie am Hauptstandort und 5 weitere Plätze in Horn-Bad Meinberg im teilstationären Bereich beantragt. Das GPZ hat auch um eine Ausweitung der Pflichtversorgung gebeten, da der Bedarf offensichtlich ist. Die allgemeine Bedarfssituation und das Nachfrageverhalten der Bevölkerung sind weiterhin hoch. Die Belegung liegt bei über 100 Prozent sowohl im vollstationären als auch im teilstationären Bereich. Die Einweisungen nach PsychKG, Betreuungsgesetz und Notfallaufnahmen haben stark zugenommen, während die Möglichkeiten für elektive Aufnahmen begrenzt sind. Dadurch erhöhen sich die Liegezeiten, da die Patienten zu lange auf ein freies Bett warten und häufig als Notfälle aufgenommen werden. Gemäß den politischen Vorgaben sollen ambulante und teilstationäre Angebote ausgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso wurde die Erweiterung des Gemeindepsychiatrischen Zentrums in Detmold abgelehnt?
2. Wie viele zusätzliche Plätze zur psychiatrischen Betreuung wurden in den letzten fünf Jahren im Regierungsbezirk Detmold geschaffen, um dem erhöhten Bedarf gerecht zu werden? (Bitte Gesamtzahl der Plätze und Platzzahentwicklung nach Einrichtungen und Kreisen aufführen.)
3. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung, um den gestiegenen Bedarf an Plätzen zur psychiatrischen Betreuung zu decken?
4. In welchen Regionen Nordrhein-Westfalen besteht eine Unter- bzw. Überversorgung an Plätzen zur psychiatrischen Betreuung?
5. Welche finanziellen Mittel werden von der Landesregierung bereitgestellt, um den Ausbau und die Aufrechterhaltung von Plätzen zur psychiatrischen Betreuung zu unterstützen?

Dr. Dennis Maelzer
Thorsten Klute